

— UNTER EMBARGO BIS 4. APRIL 17 UHR MESZ —

## Handout zum Pressebriefing des IPCC-Berichts „Mitigation of Climate Change“ am 31.03.2022

Am Montag, den 04. April 2022 um 11Uhr, veröffentlicht der Weltklimarat IPCC den dritten Teilbericht des sechsten Sachstandsberichts „Mitigation of Climate Change“. Die Erwartungen sind hoch, dass der IPCC in dem Berichtsteil darlegt, wie eine klima- und sozialgerechte Transformation aussehen kann und welche konkreten Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden müssen. Mit diesem Handout fassen wir die Inputs unserer Expertinnen zusammen und bieten eine Einordnung des dritten Teilberichts. Wir zeigen auf, dass und warum die 1,5-Grad-Grenze nicht aufgegeben werden darf und bieten einen Überblick über die im IPCC-Bericht diskutierten Klimaschutzszenarien und ordnen sie kritisch ein, zum Beispiel in Hinblick auf den Einsatz von Geoengineering.

### MISEREOR:

#### **Die Klimakrise gefährdet Erfolge der Armutsbekämpfung**

Der im Februar veröffentlichte zweite Teil (WG II) des sechsten Sachstandsberichts zeigte in besonderer Klarheit auf, dass der verschleppte Klimaschutz und fehlende Investitionen in Anpassungsmaßnahmen schon heute die Krisenspiralen auf der Welt in Bereichen wie Ernährung, Gesundheit, Wasserverfügbarkeit sowie Frieden und gesellschaftliche Teilhabe antreiben. Bereits heute leben 230 Millionen Menschen in sogenannten Risikozonen. Die Kosten sowie die nicht berechenbaren Traumata und kulturellen wie persönlichen Verluste tragen vor allem die von Armut und Ausgrenzung besonders betroffenen Menschen im Globalen Süden. Sie sind im Falle von einer Naturkatastrophe oft schutzlos – aufgrund riskanter Wohnlagen und -verhältnisse, geringer Vorratshaltung sowie des oft fehlenden Katastrophenschutzes der Staaten und Behörden. Zudem sind sie nicht in der Lage, einen Schutzschirm gegen zukünftige Ereignisse zu spannen, da sie nicht über Ersparnisse oder Vorräte, oder eine starke Stimme in lokalen Verwaltungen verfügen. Das treibt sie weiter in die Armutsfalle.

#### **Die Betroffenen stoßen an Grenzen der Anpassung**

Trotzdem: Der IPCC zeigt, dass sich Menschen sehr erfolgreich an die Veränderungen anpassen können. Das beobachtet MISEREOR auch in den Partnerprojekten. Doch die Grenzen der Anpassung sind vielerorts erreicht. Das beste Wasserressourcenmanagement nützt nichts, wenn der Regen über Jahre ausbleibt, wie es Menschen aktuell etwa in Madagaskar oder Kenia erleiden. Die Analyse vieler Fallbeispiele zeigt auch: Wenn die Maßnahmen ohne die Betroffenen umgesetzt werden, drohen Fehlanpassungen, welche die Verwundbarkeit der Menschen gegenüber der Klimakrise gar erhöhen. Bereits in Rio, Kyoto und Paris wurde zugesagt, dass die Verursacher sich an diesem Schutzschirm beteiligen. Reiche Industriestaaten

haben es bisher nicht geschafft, die versprochenen 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr zur Verfügung zu stellen. Derzeit fließen 80 Millionen US-Dollar pro Jahr global – vor allem in reichere Schwellenländer und in den Klimaschutz. Benötigt werden jährlich Trillionen.

### **Jedes zehntel Grad zählt**

1,5 oder 2 Grad bedeuten andere Küstenlinien, die schon heute aus dem All erkennbar sind. Konkret: Allein in den Philippinen werde in beiden Szenarien 12 oder 20 Millionen Menschen in urbanen Räumen umsiedeln müssen (das wären 20 Prozent der derzeitigen Bevölkerung!). Vor allem jene, die in informellen Siedlungen leben und die kaum Schutz und angemessene Unterstützung erhoffen dürfen, wenn sie weiterhin marginalisiert werden. Und so stellt der IPCC klar, dass soziale Gerechtigkeit, Entwicklung und der Schutz lokaler Ökosysteme zusammen gedacht werden müssen.

Der WG II-Report zeigt: Wir befinden uns mitten in einer Ära der Schäden und Verluste durch die Erderhitzung. Jedes Zehntel Grad vermiedene Temperatur-Erhöhung verbessert indes den Handlungsspielraum der Menschen, insbesondere der verwundbarsten Bevölkerungsgruppen, sich auf die heutigen und kommenden Herausforderungen vorzubereiten und sich anzupassen.

Jede Minute und jeden Euro, den wir nicht in die Bewältigung der Klimakrise stecken, sind eine verlorene Minute und ein verlorener Euro. Die ökonomischen Folgekosten der Klimakrise könnten in Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen bis 2050 auf rund 1,5 Billionen US-Dollar ansteigen. Die Kosten des Nichthandelns sind bei weitem höher als die des schnellen Handelns (Oxfam: <https://www.oxfam.de/blog/zerstoererischer-wohlstand>).

Heinrich-Böll-Stiftung:

**Aktuelle Ambitionslevels in Form von NDCs (ausgestaltete nationale Klimaschutzbeiträge) und anderen nationalen Verpflichtungen lassen uns auf eine Klimakatastrophe zusteuern.** Sie sind weit davon entfernt, die Klimakrise auf eine globale Erhitzung von 1,5 Grad oder auch nur 2 Grad zu begrenzen. Der IPCC-Bericht wird hierzu ein präzises Update geben, wie groß die Lücke zwischen Klimaschutzplänen und notwendigen Emissionsreduktionen ist. Zudem setzen viele „Netto-Null“-Ziele nicht auf tatsächliche Null-Emissionen-Strategien, sondern viel zu stark auf unsichere und riskante Technologien, die darauf abzielen, der Atmosphäre CO<sub>2</sub> zu entziehen. Sie sind damit eine gefährliche Wette auf ein Überschreiten des 1,5-Grad-Limits.

Auch ein vorübergehendes **Überschreiten des 1,5-Grad-Limits – ein sogenannter „Overshoot“ — kann jedoch ein „Point of No Return“ sein.** Der Bericht der zweiten Arbeitsgruppe des IPCC hat gezeigt, dass bei einer globalen Erwärmung von mehr als 1,5 Grad weitere irreversible Schäden und Auswirkungen drohen. Das Auftauen von Permafrost und das Kollabieren von Ökosystemen jenseits von 1,5 Grad würde zu großen Mengen zusätzlicher Emissionen führen, die die Klimakrise stark beschleunigen würde. Es ist unsicher, ob eine Rückkehr zu 1,5 Grad nach einem Overshoot überhaupt möglich wäre (siehe WGII SPM).

**Riskante und unsichere Technofixes wie Geoengineering tragen nicht zur Lösung der Klimakrise bei, sondern würden sie und andere globale Krisen nur verschlimmern.** Die zweite Arbeitsgruppe des IPCC hat betont, dass technologisches Carbon Dioxide Removal (CDR), wie etwa Bioenergie mit Carbon Capture und Storage (BECCS) und Solar Radiation

Modification (SRM), gravierende neue Risiken für Gesellschaften und Ökosysteme mit sich bringen würden, mit potentiell katastrophalen Auswirkungen, insbesondere in den vulnerabelsten Teilen der Welt. Geoengineering-Technologien sind unerprobt, hoch riskant und würden viele andere globale Krisen verschlimmern, darunter die Biodiversitätskrise, globale Ungleichheit, Wasser- und Ernährungsunsicherheit, Menschen- und Landrechtsverletzungen. Sie stellen zudem eine zusätzliche Bedrohung für Frieden und globale Sicherheit dar. Sie eröffnen zudem gegenüber Politik und Gesellschaft den Eindruck, dass eine spätere Umkehr möglich wäre und verschieben damit die dringend notwendige Abkehr vom fossilen Zeitalter weiter in die Zukunft. Auf „Overshoot“, Carbon Dioxide Removal beziehungsweise sogenannte „negative Emissionen“, Offsets und andere Scheinlösungen zu setzen, wird die Welt mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auf einen Pfad in die Klimakatastrophe setzen und eine klimagerechte Zukunft unmöglich machen.

**Wir brauchen und erwarten daher von der dritten Arbeitsgruppe des IPCC und von der Politik einen starken Fokus auf Minderungsszenarien, die einen „Overshoot“ vermeiden und auf sofortige und radikale Emissionsreduktionen in allen Sektoren setzen, beginnend in den Ländern des Globalen Nordens.** Diese Reduktionen müssen deutlich früher geschehen als in den meisten Klimaszenarien vorgesehen, die auf großmaßstäbliche CO<sub>2</sub>-Entnahme in der Zukunft setzen. Es gibt ein sehr knappes Zeitfenster, in dem wir die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise noch begrenzen können. Wir dürfen den Ausstieg aus Atom und allen fossilen Energien — Kohle, Öl und Gas — und eine radikale, klimagerechte Transformation unserer Wirtschaft inklusive Forst- und Landwirtschaft nicht weiter hinauszögern.

BUND:

**Was muss jetzt konkret für eine klimagerechte Transformation getan werden?**

Eine klimagerechte Transformation ist sozialgerecht und passt sich den unterschiedlichen Bedürfnissen aller Menschen und Ökosysteme an.

**Handeln in historischer Verantwortung**

Während sich jeder Staat im Kampf gegen den Klimawandel aktiv beteiligen muss, liegt die historische Verantwortung noch immer bei denen, die die Klimakrise verursacht haben. Sie müssen ihren fairen Beitrag (Fair Share: <https://climateequityreference.org/>) zuerst und am schnellsten leisten. Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung sind für mehr als die Hälfte der weltweiten Treibhausgase verantwortlich. Dazu zählen unter anderem die G7-Mitgliedsstaaten. Während viele regionale und nationale Maßnahmen zu begrüßen sind, hat bisher keine Regierung einen Plan aufgestellt, der den 1,5-Grad-Pfad einhält – geschweige denn umsetzt.

Deutschland, dieses Jahr mit der G7-Präsidentschaft, hat eine große Verantwortung, der Klimakrise entgegenzuwirken und Klimaauswirkungen zu verringern und damit seine Politik an einen 1,5-Grad-Pfad anzupassen. Das passiert momentan nicht – trotz einer viel progressiveren Klima- und Energiepolitik.

**Dringende angemessene finanzielle Unterstützung für den Globalen Süden und vulnerable Menschen**

Eine finanzielle Unterstützung ist ein essentieller Bestandteil der internationalen Klimapolitik. Nicht nur im Bereich Emissionssenkung und Anpassung sind dringend mehr Gelder notwendig. Je länger gewartet wird, desto mehr Gelder werden für dauerhafte Schäden und Verluste

gebraucht – wir sprechen dabei über Summen in Billionenhöhe. Da weigern sich momentan die Staaten des Globalen Nordens wie die USA oder auch Deutschland, verbindlich angemessene Gelder bereitzustellen. Das muss sich schnellstens ändern, spätestens zur COP27 in Ägypten.

### **Sofortige und radikale Emissionsreduktionen in allen Sektoren**

Drastische Emissionsreduktionen müssen in allen Sektoren stattfinden, ohne Ausnahme. Es ist unverzichtbar, dass eine Emissionsreduktion hin zu Netto-Null passieren muss – und zwar mit null fossilen Emissionen, klimagerecht, weit vor 2050 und ohne Scheinlösungen, die nicht drastisch zu direkten Emissionsenkungen führen. Dabei müssen transnationale Konzerne zur Verantwortung gezogen werden. Ein Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur im Globalen Norden und im Globalen Süden ist essentiell.

### **Ausstieg aus den Fossilen und aus Atom**

Ein Ausstieg aus Öl, Kohle, Atom und Gas ist essentiell, um auf einen 1,5-Grad-Pfad zu gelangen und damit Klimaauswirkungen und geo-politische Konflikte zu verringern. Das ist ein Ausstieg im eigenen Land und ohne Importe aus anderen Ländern. Während der Anschein besteht, das Flüssiggas kurzfristig Emissionen senkt, schafft es neue Pfadabhängigkeiten und trägt langfristig nicht zu einer klimagerechten Energiewende bei.

### **Ausgewählte Maßnahmen für Deutschland im Energiebereich:**

- Eine konsequente Klimaschutzpolitik und eine ambitionierte Sozialpolitik sind wichtiger und dringlicher denn je. Jetzt und nicht erst in ein paar Jahren.
- Es braucht einen langfristigen Finanzierungsrahmen für die sozial-ökologische Transformation. Dabei den sehr großen privaten Reichtum in Deutschland stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen.
- Energie- und Ressourcenverbrauch in allen Sektoren drastisch und absolut senken und unsere Wirtschaften konsequent an zirkulären Prinzipien ausrichten und die Wertschöpfung von regional verfügbaren Ressourcen optimieren.
- Schnell und naturverträglich 100 Prozent auf Erneuerbaren Energien basierende Energieversorgung erreichen, mit einem Großteil an Bürger\*innenenergie inklusive eines Endes der Subventionen.
- Der im Atomgesetz verankerte Abschalttermin für die verbliebenen drei deutschen Atomkraftwerke ist der 31.12.2022. Dieser muss beibehalten werden.
- Den festgesetzten Kohleausstieg nicht nach hinten schieben, eher nach vorne.
- Keine neuen LNG-Terminals für den Import von flüssigem Erdgas.
- Weichen für eine nachhaltige Wasserstoffnutzung stellen. Dazu gehört neben der Planung einer ausreichenden Import- und Transportinfrastruktur für grünen Wasserstoff auch die Umsetzung ambitionierter Nachhaltigkeits- und sozialer Kriterien.
- Der Ausbau einer sozial-ökologischen Mobilitätswende mit einem starken Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Anreize zur Nutzung muss vorangetrieben werden.
- Es braucht eine sozialgerechte, nachhaltige Gebäudemodernisierung mit nationalen Mindesteffizienzstandards für Gebäude.
- Eine Transformation zur nachhaltigen Landwirtschaft mit pflanzen-basierter Ernährung, um ein krisenfestes, ökologisches Ernährungssystem zu erreichen, muss angestrebt werden.

**Weiterführende Links:**

- Heinrich-Böll-Stiftung: Weltklimarat IPCC - 6. Sachstandsbericht, Materialien verfügbar unter: <https://www.boell.de/ipcc>.
- Real Solutions Not 'Net Zero': Offener Brief von 343 Organisationen an den IPCC, verfügbar unter: <https://www.realsolutions-not-netzero.org/ipcc-wg-iii>
- BUND (2022): Einsparungen jetzt! Für Energiesouveränität und ein krisenfestes Ernährungssystem, verfügbar unter: <https://www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/einsparungen-jetzt-fuer-energiesoeveraenitaet-und-ein-krisenfestes-ernaehrungssystem/>.
- Brot für die Welt, PowerShift, MISEREOR (2021): Weniger Autos - Mehr soziale Gerechtigkeit: Warum wir die Mobilitäts- und Rohstoffwende zusammendenken müssen, verfügbar unter: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/Studie-Weniger-Autos-mehr-globale-Gerechtigkeit.pdf>.

**Kontaktdaten:****Heinrich-Böll-Stiftung**

Michael Alvarez, Pressesprecher

Tel.: 030-28534-202, Mobil: 0160-365-77-22

E-Mail: [alvarez@boell.de](mailto:alvarez@boell.de)

**MISEREOR**

Corinna Würzberger, Pressereferentin

Tel.: 0241-442-110, Mobil: 0170-481-2211

E-Mail: [Corinna.Wuerzberger@misereor.de](mailto:Corinna.Wuerzberger@misereor.de)

**BUND**

Sigrid Wolff, Pressesprecherin

Tel.: 030-27586-497, Mobil: 01590/ 6332372

E-Mail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net)